

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/111

15. Juni 1971

Gebot weltweiter Solidarität

Ein internationales Katastrophenhilfswerk
ist notwendig

Von Peter Säckl SPD-MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Versachlichung statt Stimmungsmache!

Zum Hearing über die Gefahren der Luftver-
schmutzung

Von Willi Müller (Mülheim) SPD-MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 3a / 71 Zeilen

Die Zeit des Buches ist noch lange nicht vorbei

Optimistische Prognosen beim sozialistischen
Literaturgespräch im Elsaß

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredaktion: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heuserallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 836 646/886 347/
886 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Gebot weltweiter Solidarität

Ein internationales Katastrophenhilfswerk ist notwendig

Von Peter Säckl SPD-MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Während der vergangenen zwölf Monate haben Katastrophen ganze Regionen unserer Erde heimgesucht. Weil sie die Menschen völlig unvorbereitet trafen und ihre Abwehrkraft bei weitem überstiegen, hatten sie überdies noch verheerende Auswirkungen wie Seuchen und völlige Verarmung der Bevölkerung zur Folge. Die Überschwemmungen in Rumänien, die schweren Erdbeben in Persien, in der Türkei und im Hochland von Peru, die Springfluten im Ganges-Delta und die Cholera-Epidemie in Bengalen haben gezeigt, daß diese Katastrophen nicht nur als regionale oder nationale Probleme behandelt werden dürfen, sondern daß es hier um ein Stück gemeinsamen Schicksals der Menschheit auf unserer Erde geht, und daß daher Hilfe stellvertretend für die Gemeinschaft aller Völker geleistet wird.

Aus diesem Grund hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, Anfang dieses Monats alle Staaten zur Gründung eines Internationalen Technischen Hilfswerks der Vereinten Nationen aufgerufen. Dieser Appell verdient uneingeschränkte Unterstützung, denn er soll entscheidende Mängel der in all diesen Fällen bisher geleisteten Hilfe beheben.

In fast allen Fällen haben insbesondere die "reicheren" Nationen beträchtliche materielle und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Auch die Bundesregierung schickte z.B. nach Peru neben den Hilfeleistungen karitativer Organisationen Medikamente, konzentrierte Nahrungsmittel, technische Hilfegeräte, Wasseraufbereitungsanlagen, Schaumstoffiglus usw. im Wert von zweieinhalb Millionen DM. Weitere zweieinhalb Millionen DM standen dem deutschen Botschafter für zweckdienliche Hilfskäufe in südamerikanischen Nachbarstaaten zur Verfügung.

Individuelle Hilfeleistungen haben jedoch aus unterschiedlichen Gründen sehr oft ernsthafte Nachteile gehabt. Mit mehreren Spenden relativ kleinen Umfangs insbesondere an Material können kaum groß angelegte und rationell durchgeführte Aktionen eingeleitet

werden. Oft haben die karitativen Organisationen der Geberländer im Empfängerland ebenso unterschiedlich strukturierte Partnerorganisationen, was die Zersplitterung der Hilfsanstrengungen begünstigt. Manchmal treten vielfältige Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen, der Polizei, dem Militär und den Rot-Kreuz-Organisationen auf. Es wurden die Hilfsmittel den Bedürftigen im Empfängerland nicht oder nicht mit der gebotenen Eile zugeleitet. Schließlich sind insbesondere die Rot-Kreuz-Organisationen oft auch überfordert, zumal wenn bei Erdbeben oder Überschwemmungen die technische Hilfe ebenso dringend, ja oft überhaupt Voraussetzung für ärztliche Versorgung ist. Der Einsatz technischer Verbände z.B. ausländischer Streitkräfte im erforderlichen Ausmaß ist oft ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß regionale Katastrophen nicht selten mehrere eventuell einander verfeindete Nachbarstaaten zugleich treffen und der humanitäre Leitgedanke plötzlich vom Schatten politischer Zufälligkeiten bedroht ist.

Die meisten Nationen haben sich im Falle der bengalischen Flüchtlingsnot und der Cholera-Epidemie bereits vom Appell U Thants leiten lassen, ihre Hilfe vor allem dem beauftragten UNO-Flüchtlingskommissar zur Verfügung zu stellen. Der Aufruf zur Schaffung eines Internationalen Technischen Katastrophenhilfswerks aber geht weiter. Es müßte über eigene Geräte und Vorräte an "strategischen" Orten verfügen und gegen Ersatzleistung oder Entschädigung auf entsprechende Depots nicht betroffener, benachbarter Staaten zurückgreifen dürfen. Zur Errichtung solcher Depots, vielleicht unter Anleitung des UNO-Hilfswerks, müßten sich alle Staaten verpflichten. Oberste Grundsätze der Organisation müßte höchste Mobilität, also auch Flugzeuge in Bereitschaft, sein. Dieser Organisation müßten für jeden Ernstfall die anderen internationalen und die nicht betroffenen nationalen humanitären Einrichtungen unterstellt werden. Die Koordination mit den Behörden des betroffenen Staates müßte ihr obliegen. Sie müßte in der Lage sein, über die Möglichkeiten des Internationalen Roten Kreuzes hinaus in kürzester Frist auch Dämme, Straßen, Leitungen, Brunnen, Unterkünfte, Landeplätze usw. zu errichten.

Die Bildung einer solchen Organisation wird von den einzelnen Staaten kaum mehr verlangen, als sie an Hilfsmitteln schon jetzt von Fall zu Fall beisteuern, und sie hat den Vorzug, daß der betroffenen Bevölkerung möglichst rasch und effizient geholfen wird und damit ein Grundgebot der Solidarität aller Nationen dieser Erde erfüllt wird.

(-/ex/15.6.1971/bgy

+ + +

Versachlichung statt Stimmungsmache!

Zum Hearing über die Gefahren der Luftverschmutzung

Von Willi Müller (Mülheim) SPD-MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Mit der Anhörung von Sachverständigen aus Wissenschaft, Forschung, Industrie und Länderministerien hat der Innenausschuß des Deutschen Bundestages in einer ganztägigen Sitzung am 14. Juni sein Bemühen fortgesetzt, sich für die Beratungen der vorliegenden und noch zu entwickelnden Umweltgesetze sachkundig zu machen. In den bisher durchgeführten Hearings ging es um Fragen der Reinhaltung der Gewässer, jetzt standen die Probleme der Luftverunreinigung zur Aussprache. Das Anhörverfahren erhielt dadurch einen besonderen Akzent, daß der Innenausschuß noch in dieser Woche abschließend den Gesetzentwurf der Bundesregierung "zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Ottokraftstoffe für Kraftfahrzeugmotoren" beraten wird.

Die Vertreter der Verbände der Automobilindustrie und der Mineralölwirtschaft hatten bereits vor dem mitberatenden Verkehrsausschuß erhebliche Einwendungen und Bedenken gegen den Gesetzentwurf geltend gemacht, nun haben sie erneut, diesmal allerdings in der Gesellschaft sachkundiger Fachleute, ihre Vorstellungen wiederholt. Die von der Bundesregierung und dem Gesetzgeber angestrebte Reduzierung des Bleigehalts im Benzin, insbesondere die ins Auge gefaßten Fristbestimmungen wurden abermals kritisiert. Soweit dabei innere Planungsschwierigkeiten, Investitionsverluste und Wettbewerbsverzerrungen geltend gemacht wurden, stießen diese Argumente kaum auf Widerspruch. Gegen die Ansicht jedoch, die in den Autoabgasen emittierten Bleisubstanzen hätten keine schädliche Wirkung für den menschlichen Organismus, wandten sich einhellig alle gehörten Sachverständigen.

Ganz eindeutig und in voller Übereinstimmung wandte man sich gegen die in die Luft verbrachten Schadstoffe aller Art, die zum Tod von Menschen, zur Vernichtung von Kunstwerken und zur Schädigung der Vegetation führen. Über das Ausmaß der Gefährdung und die Dringlichkeit von Abwehrmaßnahmen gab es differenzierte Mei-

nungen. Mit der Forderung nach baldigen und klaren Gesetzen, besseren und dichterem Kontroll- und Meßketten fand die von der Bundesregierung beschleunigt vorangetriebene Umweltschutzgesetzgebung eine ausdrückliche Rechtfertigung und Bestätigung.

Beachtung sollte finden, daß schon vorhandene gesetzliche Bestimmungen wirkungsvoller angewandt werden, wie auch in Nutzanwendung gegebener Hinweise vermieden werden muß, anstelle vorhandener Organisationen neue personalaufwendige Einrichtungen zu schaffen. Die immer wieder im Hearing aufgestellte Forderung, die notwendigen Gesetze rechtzeitig und langfristig anzulegen, um Forschung und Industrie Gelegenheit zu geben, sich darauf einzustellen, aber auch um volkswirtschaftlich nicht vertretbare Fehlinvestitionen zu vermeiden, verdient die Beachtung von Regierung und Parlament. Ebenso ist die vorgetragene Bitte verstärkter Zusammenarbeit aller Beteiligten und Interessenten im Vorfeld der eigentlichen parlamentarischen Beratungen ein ernstzunehmendes Angebot.

Das durchgeführte Anhörverfahren hat im ganzen einmal mehr bestätigt, daß die Umweltverschmutzung besorgniserregende Formen angenommen hat, die zügiges und entschiedenes Handeln notwendig macht. Ohne entsprechende finanziellen Hilfen des Staates, ohne zwingende Auflagen des Gesetzgebers und ohne die Durchsetzung des Verursacherprinzips wird man den Nachholbedarf und die Aufgabenfülle auf dem Feld des Umweltschutzes nicht bewältigen können.

Sich bei diesen Bemühungen auf gesicherten Boden zu befinden, sich nicht irre machen zu lassen von jenen, die da glauben und behaupten, man könne jahrelange Versäumnisse von heute auf morgen aus der Welt schaffen und sich dem angekündigten Druck aus Industriekreisen nicht zu beugen, ist Aufgabe des Parlaments.

Es war unnötig, daß ein Vertreter der betroffenen Industrie unter Hinweis auf die Schlagzeile einer bekannten Tageszeitung ("Industrie errichtet Abwehrfront gegen die Gesetzesvorhaben zum Umweltschutz") dies meinte herabspielen zu müssen. Der Gesetzgeber und jeder einzelne Abgeordnete in Wahrnehmung seines Wählerauftrages wird sich an den erkannten sachlichen Notwendigkeiten zum Schutz der Umwelt des Menschen orientieren und dies, ohne sich unter Druck setzen zu lassen oder gar offenkundiger Stimmungsmache aufzusitzen.

[-/ex/15.6.1971] bgy.

Die Zeit des Buches ist noch lange nicht vorbei

Optimistische Prognosen beim sozialistischen Literaturgespräch
im Elsaß

Die Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler und Bibliothekare aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und Frankreich, die ihre Jahrestagung in der Nähe der elsässischen Stadt Colmar abhielt, kam zu einer hoffnungsvollen Beurteilung des Literaturgeschehens. Die arbeitsreiche Tagung brachte eine recht nüchterne Analyse der Entwicklung und eine vorsichtige Hochrechnung auf ihre Möglichkeiten. Der Münchner Informationswissenschaftler Dr. Wolfgang Langenbacher arbeitete die These von der noch lange währenden Funktionsüberlegenheit der gedruckten Medien auch in einem multimedialen Zeitalter heraus, riet den Buchleuten aber dringend dazu, ihr Verhältnis zu den audiovisuellen Mitteln zu überdenken und aus einem Konkurrenzdenken herauszukommen, um in der gegenseitigen Ergänzung die bessere Lösung zu finden. Das Fernsehen etwa habe - und das sei wissenschaftlich bereits erhärtet - ein verstärktes politisches Bewußtsein in weiteren Kreisen bewirkt, und dieser Denkanstoß sei in beachtlichen Graden der Zeitung, der Zeitschrift und dem Buch zugute gekommen. Langenbacher empfahl einen bewußten Medienverbund, der aus dem Buchhändler der alten Schule einen vielseitig interessierten Informationshändler machen müsse. Der Münchner Wissenschaftler sparte auch nicht mit Kritik. Die Gesellschaft, so meinte er, habe sich längst als literaturfähig erwiesen, doch es sei zu beklagen, daß sich die Literaturproduzenten noch nicht genügend gesellschaftsfähig gezeigt hätten.

Einen vergleichbaren Standpunkt nahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Joachim Raffert ein, der in einem großangelegten Werkstattbericht über die aktuellen Probleme des Urheberrechts referierte. Raffert beleuchtete dabei den energisch steigenden Ausleihebetrieb der öffentlichen Bibliotheken und trat dafür ein, endlich auch den Urheber, also den Autor, an der Verwertung seines Werkes in den Büchereien angemessen zu beteiligen. Allerdings dürfe der Nulltarif der Bibliotheken nicht angetastet werden. Der Anspruch des Schriftstellers, an der Ausleihe zu partizipieren und von der Lerngesellschaft nicht zum Eckensteher degradiert zu werden, dürfe in keinem Falle zu Lasten der Institute gehen. Raffert bekannte sich zu Bölls Ausspruch vom Ende der Bescheidenheit und erklärte, der Bundeskanzler sei jetzt aufgerufen, mit den Ministerpräsidenten der Länder zu überlegen, wie sich das Prinzip des geistigen Eigentums und der sozialen Sicherung der Autoren mit den gesellschaftlichen Forderungen nach einem breiter Weg zum gedruckt vorliegenden Wissen in Übereinstimmung bringen lasse. Es müsse endlich selbstverständlich werden, daß auch geistiges Eigentum ebenso schützenswert ist wie das Eigentum an Sachen. Es komme darauf an, dem Schriftsteller nicht milde Gaben für eine soziale Notlage zukommen zu lassen, sondern einen Anspruch zu erfüllen.

In zum Teil scharfer, aber sehr geschliffener Form machte sich der Schriftsteller Dieter Lattmann zum Sprecher der Autoren. Er

stellte ganz klar heraus, daß die Schriftsteller ihre Bibliothekshonorare keinesfalls mit einer Schmälerung der Etats der Buchereien erkaufen wollen. Lattmann wies erneut auf die dringende Notwendigkeit hin, über die Solidarität der Einzelgänger zu einer Kultusgewerkschaft zu kommen. Nur so sei es letzten Endes möglich, die Literatur ernsthaft aufzufordern, aus dem gesellschaftlichen Kräftenwechsel die Konsequenzen zu ziehen und eine soziale Aufgabe zu erfüllen. In seiner klugen Analyse ging Dieter Lattmann aber auch mit vielen seiner Kollegen hart ins Gericht. Die Literatur der Gegenwart und der Zukunft müsse endlich und endgültig auf Hochmut und Exklusivität verzichten. Überall, so formulierte er, laufen noch Wörter um die Ecke, die keine gesellschaftliche Identität mehr besitzen. Der moderne Autor habe die große und faszinierende Aufgabe, die neuen Strukturen des gesellschaftlichen Lebens zu suchen und seine Zeit sensibel zu befragen. Das allerdings müsse ohne jede Uniformierung und selbstverständlich ohne Begrenzung des Freiheitsraumes geschehen.

Das elsässische Buchgespräch, erfüllt von lebhaften Auseinandersetzungen und einem offenen Ringen um die geistigen Positionen, ist als schöpferische Begegnung der Buchproduzenten zu bezeichnen. Von dieser Tagung aus werden Anstöße in den literarischen und politischen Raum gehen. Die Verleger, Buchhändler, Bibliothekare und nicht zuletzt die Autoren haben die Stellung des Buches in dem gesellschaftlichen Prozeß der Urbanisierung und der Bildungsausweitung zu ermitteln versucht, und sie sind in der Erkenntnis auseinandergeschieden, daß dem gedruckten Massenkommunikationsmittel durch die Bedürfnisse der Gesellschaft nach Information noch größere Aufgaben zuzuwachsen werden. Der Prozeß der Veränderung ist aber auch an der Gruppe selbst nicht vorübergegangen. Der hannoversche Verleger Gustav Schmidt-Küster, der 23 Jahre lang als Anreger und Wegbereiter gewirkt hat, legte diese Aufgabe in andere Hände. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird sich in Zukunft mit der gesellschaftspolitischen Aufgabe befassen, die Buchschaffenden mit den Erfordernissen der Zeit zu konfrontieren und im freien Dialog auf internationaler Ebene die kulturellen und politischen Möglichkeiten des gedruckten Wortes zu klären.

Wolfgang Tschechne
(-/ex/15.6.1971/zs)